

# *Antikriegstag 2017*

## **Frieden statt Kriegspolitik!**

*Der Antikriegstag erinnert alljährlich an den Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 und damit an den Beginn des Zweiten Weltkriegs.*

*Er steht für die Einsicht und die Forderungen: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“*

**Die Gefahr eines weltweiten Kriegs wächst schon seit Jahren. Die Atomkriegsuhren, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigen, wurde 2015 auf drei Minuten vor zwölf gestellt, wie zuletzt 1984. Seit Januar 2017 steht sie auf zweieinhalb Minuten vor zwölf.**

**In Ostasien wachsen die Spannungen. Jenseits der Kriegsrhetorik Nordkoreas und der USA verschärfen sich aggressiver Nationalismus und Territorialkonflikte in der gesamten Region.**

**Der Krieg in der Ost-Ukraine hat schon Tausende von Todesopfern gefordert. Truppen der NATO und Russlands stehen sich in Osteuropa feindlich gegenüber.**

**Die NATO-Staaten sollen mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben: für Deutschland wäre es fast eine Verdoppelung. Es wird massiv aufgerüstet, selbst wenn die 2% nicht erreicht werden.**

### **Atomwaffenverbot durchsetzen!**

Während die Atommächte ihre Atomwaffen sogar modernisieren, haben 122 UN-Staaten am 7. Juli 2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zugestimmt. Die neun Atomwaffen besitzenden Staaten und ihre Alliierten, auch Deutschland, hatten die Verhandlungen boykottiert oder dagegen gestimmt.

### **Wir fordern von der deutschen Regierung:**

- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!**
- **Schluss mit der deutschen Teilhabe an US-Atomwaffen!**
- **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland!**

### **Transnationale Solidarität statt nationalistischer Kriegshetze!**

Aggressive nationalistische und faschistische Kräfte haben in Europa, den USA, Ost- und Südasiens an Macht gewonnen. Sie attackieren Demokratie und internationale Kooperation und hetzen zu Hass und Krieg. Aber auch Neoliberalismus und Markttradikalismus und die von ihnen verursachte wachsende Kluft zwischen Reich und Arm unterminieren Demokratie und Frieden.

Auch vor dem Ersten Weltkrieg prägten, ähnlich wie heute, Instabilität und Unsicherheit die multipolare Weltunordnung. Aufrüstung und Nationalismus brachten damals nicht mehr Sicherheit, sondern Krieg. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Staaten, Ethnien und Kulturen, sondern zwischen Oben und Unten, zwischen Menschen, die sich von menschenfeindlichen Ideologien zu Hass und Gewalt treiben lassen, und denjenigen, die an einem friedlichen Zusammenleben interessiert sind. Unsere Solidarität gilt allen, die sich weltweit Krieg und Nationalismus verweigern.

### **Für Frieden im Nahen Osten!**

Die westlichen, auf Lügen aufgebauten Angriffskriege gegen den Irak und Libyen haben beide Länder in Chaos und Krieg gestürzt, wovon auch Mali, Syrien und Jemen erfasst wurden. Die Entstehung des Islamischen Staats wurde von den USA billigend in Kauf genommen. Wie so oft kämpfen westliche Staaten gegen ein Ungeheuer, dessen Entstehung sie zuvor ermöglicht haben. Westliche Angriffskriege und der Drohnenkrieg erzeugen Hass und verschaffen islamistischen Kräften Zulauf. Gleichzeitig unterstützen westliche Staaten islamistisch regierte Staaten wie Saudi-Arabien und die Türkei sowie ihnen nahestehende Milizen und beliefern sie mit Waffen. Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist ähnlich sinnlos, ziellos und planlos wie schon die Kriege gegen den Irak und Libyen. Als Mittel gegen den weltweiten

islamistischen Terrorismus sind sowohl Bombardierungsterror als auch Kollaboration mit islamistischen Kräften irrsinnig. Nötig ist eine Friedenslösung.

### **Entspannung und Zusammenarbeit statt Säbelrasseln und Konfrontation!**

Nach wie vor versuchen NATO und EU einerseits und Russland andererseits möglichst große Teile der Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen. 2014 wurde verfassungswidrig eine pro-westliche Regierung in der Ukraine installiert. Russland annektierte unter Verletzung des Völkerrechts und unter Missachtung seiner Garantien für die territoriale Integrität der Ukraine die Krim. Waffenstillstand, Ende der Zwangsrekrutierungen, Entwaffnung und Auflösung der Freiwilligenbataillone, friedliche Konfliktlösung, Rückkehr zum Völkerrecht und zur offiziellen Bündnisfreiheit der Ukraine würden den Frieden näher bringen.

### **Waffenlieferungen stoppen! Kriegs- und Fluchtursachen beseitigen!**

Waffenlieferungen sind Beihilfe zum Massenmord und erzeugen Krieg und Massenelend. Kriege und die ausbeuterische Weltwirtschaftsordnung zwingen Millionen zur Flucht. Nötig ist ein grundsätzlicher Politikwechsel: Statt Marktradikalismus und Militärinterventionen eine solidarische Wirtschafts- Handels- Entwicklungs- und Migrationspolitik.

### **Keine weltweite Militärmacht Deutschland! Zivilmacht Deutschland, Zivilmacht EU!**

Krieg galt vor 1990 als allerletztes Mittel. Mit der Floskel, Deutschland müsse Verantwortung übernehmen, werden Militäreinsätze und Krieg als Mittel der alltäglichen Außenpolitik propagiert. In Afghanistan, Syrien und Mali führt die Bundeswehr Krieg. Die deutsche Kriegsmarine ist weltweit im Einsatz. Gleichzeitig soll die Bundeswehr auch im Innern eingesetzt werden. Dieser Militarisierung der Außen- und Innenpolitik sowohl auf deutscher als auch auf Ebene der EU muss Einhalt geboten werden.

### **Nicht nur Aussetzung, sondern Abschaffung der sogenannten Wehrpflicht!**

#### **Asyl für Kriegsdienstverweigerer!**

2011 sind in Deutschland Zwangsmusterungen und Zwangseinberufungen zu Bundeswehr und Ersatzdienst ausgesetzt worden, wie zuvor in den meisten Ländern Europas. Doch dieser Trend hat sich umgekehrt. Die Ukraine und Litauen haben die Zwangsrekrutierung wieder aufgenommen. Schweden zwingt ab 2018 Männer wieder ins Militär, erstmals auch Frauen. Immer wieder wird in Deutschland die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs gefordert, von der AfD und Teilen der CDU. Die Bundesregierung will auf Zwangsrekrutierung verzichten, behält sich aber vor, jederzeit auf dieses Mittel der Kriegführung und Kriegsvorbereitung zurückzugreifen. Das Festhalten an der sog. Wehrpflicht in Deutschland führt absurderweise dazu, dass syrischen Kriegsdienstverweigerern in Deutschland Asyl verweigert wird.

### **Widerspruch ist möglich: Keine Daten Jugendlicher an die Bundeswehr!**

Trotz Aussetzung der sogenannten Wehrpflicht werden die Daten aller Jugendlicher – seit 2011 auch der weiblichen - an die Bundeswehr weitergegeben. Dem können die betroffenen Jugendlichen widersprechen. Wenn die widersprechenden Jugendlichen ihren Widerspruch damit begründen, dass sie nicht für Krieg und Militär zur Verfügung stehen, können sie, vor allem wenn sie öffentlich widersprechen, ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen setzen.

---

## **Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

### ***Sektion der War Resisters' International (WRI)***

Landesverband Hessen & Landesverband Rheinland-Pfalz

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-43 14 40, [dfgvkhessen@t-online.de](mailto:dfgvkhessen@t-online.de)

DFG-VK Hessen [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

DFG-VK Rheinland-Pfalz [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

DFG-VK Mainz [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

DFG-VK Darmstadt [www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

ViSdP G. Lennert, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt

